

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich 4 - Bildung, Kultur, Schule und Sport	Datum 21.06.2000
	Schriftführer/in Barbara Hieronymi
	Telefon-Nr. 02202/14-467
Niederschrift	
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Sitzung am 06.06.2000
Sitzungsort Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 19:55 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A	<u>Öffentlicher Teil</u>	
1.	Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit	<i>Seite 5</i>
2.	Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -	<i>Seite 5</i>
3.	Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 08.02.2000 - öffentlicher Teil 291/2000	<i>Seite 6</i>
4.	Mitteilungen des Vorsitzenden	<i>Seite 6</i>
5.	Mitteilungen der Bürgermeisterin 347/2000	<i>Seite 6</i>
6.	Theaterbericht der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH	

- 235/2000 *Seite 6*
7. **Jahres- und Lagebericht 1999 des Stadtarchivs**
236/2000 *Seite 6*
8. **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"**
288/2000 *Seite 7*
9. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"**
237/2000 *Seite 8*
10. **Feststellung der Entgelte der Städtischen Löwenkonzerte in der Saison 2000/2001**
218/2000 *Seite 8*
11. **Feststellung der Jahresabschlüsse und der Lageberichte 1996 und 1997 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung „Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach“**
244/2000 *Seite 9*
12. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach"**
239/2000 *Seite 9*
13. **Feststellung der Jahresabschlüsse 1996 bis 1998 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Bildungseinrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"**
321/2000 *Seite 11*
14. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Bildungseinrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"**
240/2000 *Seite 11*
15. **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der**

**eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz
Bergisch Gladbach"**

241/2000

Seite 13

16. **Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem
Förderverein des Bergischen Museums für Bergbau, Handwerk und Gewerbe**
290/2000 *Seite 14*
17. **Gestaltung des Denkmals "Holocaust" und seines Umfeldes**
243/2000 *Seite 15*
18. **Einrichtung einer Verbundschule am Standort der Wilhelm-Wagener-Schule in
Bergisch Gladbach**
226/2000 *Seite 15*
19. **Sanierung des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums**
228/2000 *Seite 17*
20. **Förderung kirchlicher Büchereien**
242/2000 *Seite 18*
21. **Sonderförderung Kultur: 25 Jahre Städteche Bergisch Gladbach – Bensberg**
Seite 18
22. **Sonderförderung Kultur: Projekt „Rhizom“**
372/2000 *Seite 18*
23. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite 18

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Dr. Miede, eröffnet um 17.00 Uhr die 3. Sitzung in der 6. Wahlperiode. Er bittet die Anwesenden, sich zu einer Gedenkminute an Herrn Wilhelm Kurschildgen, langjähriges Mitglied im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport, zu erheben. Er würdigt die zuverlässige, redliche, niemals verletzte und bei allen sachlichen Meinungsunterschieden stets faire Mitarbeit von Herrn Kurschildgen und wird ihn sehr vermissen.

Dann stellt er die ordnungsgemäße und fristgerechte Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und begrüßt die Ausschussmitglieder, den 1. Beigeordneten, Herrn Kotulla, die Gäste und die Presse, die Leiterin des Fachbereichs 4, Frau Roesgen, Frau Faßbender und die übrigen Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt fest, dass Frau Holtzmann durch Herrn Kierspel vertreten wird und an Stelle von Herrn Kurschildgen Frau Schu anwesend ist, Herr Farber vom Ausländerbeirat entschuldigt und Herr Dr. Hammer vom Seniorenbeirat und Herr Knuth von der Ev. Kirche fehlen.

Er schlägt vor, den TOP 18 „Einrichtung einer Verbundschule am Standort der Wilhelm-Wagener Schule in Bergisch Gladbach“ vorzuziehen, weil Frau Faßbender zu diesem Problem aus fachlicher Sicht Auskunft geben wird. Dagegen gibt es keine Einwände.

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

Herr Dr. Miede bemängelt, dass entgegen dem Auftrag aus der letzten Ausschusssitzung vom 08.02.2000, wie aus dem Protokoll unter TOP 9, S. 10 unten zu entnehmen sei, seitens der Verwaltung kein Bericht über die Unterversorgung der Standorte Paffrath und Bensberg und über Lösungsmöglichkeiten zu deren Behebung dem Ausschuss vorgelegt worden sei.

Frau Roesgen entgegnet, dass Frau Lenz-Reichwein zwar eine Vorlage erstellt habe, aber noch weiterer Erklärungsbedarf bestünde. Sie sichert diese Vorlage für die nächste Sitzung des Ausschusses im September zu.

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An dieser Stelle wird der TOP A 18 vorgezogen (Protokollierung siehe S. 15)

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 08.02.2000 - öffentlicher Teil**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

Es gibt keine Mitteilungen des Vorsitzenden.

5 **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Herr Dr. Miede weist daraufhin, dass diese Mitteilung auf Grund einer Anfrage von Frau Scheerer in der letzten Ausschusssitzung verfasst wurde. Frau Dr. Weil wundert sich, dass ein Teil der Mittel für die Förderung des Lernens mit neuen Medien in ein Modell zur Technikwartung fließt; die Schulen seien doch inzwischen mit Computern ausgestattet. Herr Dehler hält es für notwendig, dass solche Mittel regelmäßig fließen, da die Folgekosten von Rechnerausstattungen und Internet erheblich seien.

Frau Koshofer fragt nach der Kosteneffizienz eines Funkdatennetzes im Vergleich zur herkömmlichen Verkabelung. Frau Roesgen berichtet von einem Modellversuch in Neuss, der gezeigt habe, dass eine Verkabelung viel kostenaufwendiger als die Installation eines Funkdatennetzes gewesen wäre und außerdem der Unterricht mit den neuen Medien flexibler gehandhabt werden könne.

Frau Scheerer weist auf mögliche Schwierigkeiten bei der Breitbandübertragung von Bildern, Videos oder Filmen hin. Auch müsse jeweils geprüft werden, ob im Gebäude nicht zuviel Eisen verbaut sei, da in einem solchen Fall die Übertragung in weiter entfernte Gebäudeteile zu erheblichen Störungen führe.

Frau Roesgen bestätigt, dass eine solche Überprüfung Voraussetzung für einen möglichen Einsatz eines Funkdatennetzes sei. Im Schulzentrum Herkenrath überprüfe eine Firma aus diesem Grund zur Zeit die eingesetzten Baustoffe.

Herr Dr. Miede stellt den Antrag, dass die VHS in der nächsten Sitzung des Ausschusses im September ihr Gesamtangebot an Lehrerfortbildung und ihr Modell zur Technikwartung in den Schulen vorstellt.

6 **Theaterbericht der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**

Die Vertreter aller Fraktionen begrüßen den Theaterbericht und loben die Aktivitäten und die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen. Frau Grundmann wird im nächsten Jahresbericht eine detaillierte Besucherstatistik vorlegen können, die auch Auskunft darüber geben kann, welche Veranstaltungen in welchem Saal und mit welcher Auslastung stattgefunden haben.

Frau Böhrs begrüßt für ihre Fraktion den Bericht, fragt aber nach, warum in Zukunft kaum so viele Mittel wie in 1999 erwirtschaftet werden könnten.

1999 sei im Vorgriff auf 3 Projekte für die Jahre 2000 und 2001, so Frau Grundmann, besonders sparsam gewirtschaftet worden:

Erstens wolle man in Absprache mit den anderen kulturellen Einrichtungen der Stadt im Herbst 2000 eine Besucherbefragung und eine Besucheranalyse durchführen, um Marketingstrategien für eine noch bessere Akzeptanz bei den Bürgern zu erreichen.

Dafür müsse zusätzliches geschultes Personal eingesetzt werden. Diese Untersuchung habe Personal- und Sachkosten zur Folge.

Zum Zweiten sei ein Autorenforum zum Thema <<Neue Stücke spielen? Zeitgenössische Dramatik in Landestheatern und Gastspielhäusern>> geplant, zu dem verschiedene Autoren eingeladen seien.

Zum Dritten seien einige Sonderveranstaltungen vorgesehen, die deutlich höhere Kosten verursachen werden.

Zur Problematik originalsprachlicher Aufführungen versichert Frau Grundmann, dass sie im Programm entsprechende Hinweise geben wird. Herr Dr. Miede wünscht sich gerade für Schüler mehr und vor allem englische originalsprachliche Theaterstücke.

Der Bericht wird anerkennend zur Kenntnis genommen.

7 Jahres- und Lagebericht 1999 des Stadtarchivs

Herr Kleine bittet um ein einheitliches Berichtswesen, um den Ausschussmitgliedern die Arbeit zu erleichtern; im übrigen stimme seine Fraktion der Vorlage zu. Herr Kotulla macht darauf aufmerksam, dass das Stadtarchiv kein Eigenbetrieb sei und daher auch keinen Wirtschaftsplan zu erstellen habe, insofern auch die andere Darstellungsweise. Dennoch bemühe sich die Verwaltung um Vereinheitlichung der Jahres- und Lageberichte der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen.

Frau Schu bemängelt die ihrer Meinung nach zu hohen Telefonkosten. Frau Roesgen hält diese Telefonkosten keineswegs für zu hoch, da hier auch die Internetgebühren einfließen.

Frau Böhrs fragt nach, ob am Thema „Zwangsarbeit“ noch weitergearbeitet wird, und Herrn Dehler interessiert der Schwerpunkt der Arbeit mit den Schulen. Frau Koshofer möchte wissen, ob das Programm zur Erschließung von Archivgut „Faust“ nicht inzwischen überholt und für die Digitalisierung im Internet ungeeignet sei.

Die Verwaltung sichert eine schriftliche Stellungnahme zu.

Herr Dr. Miede zeigt sich erfreut darüber, dass es erneut gelungen sei, die Verwaltungs- und Geschäftskosten zugunsten fachspezifischer Ausgaben zu reduzieren.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Werksausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 1998 der städtischen Kultureinrichtung „Haus der Musik Bergisch Gladbach“ ist festzustellen.

9 Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach"

Sorge in der aktuellen Situation der Musikschule mache die lange Warteliste im Streicherbereich; trotz Änderungen in der Unterrichtsplanung, sehe sie zurzeit keine Lösung, berichtet Frau Himmelheber. Dagegen sei erfreulicherweise die Kooperation mit dem Albertus-Magnus-Gymnasium weiter gediehen: im kommenden Schuljahr werde ein Klassenorchester der neuen Fünferklassen gebildet. Schließlich weist Frau Himmelheber noch einmal mit Nachdruck auf die Erläuterungen des Jahresabschlusses zum Wirtschaftsergebnis hin (S. 52): „Im Hinblick auf die bisher angewendete 40% / 60 % Regelung sei folgendes zu beachten: der Wirtschaftsplan für das Jahr 1999 beinhaltet Gewinne (14 TDM) des Vorjahres. Daher müsse vor der Gewinnverteilung 1999 diese 14 TDM abgezogen werden.“

Frau Scheerer möchte wissen, wie hoch der Anteil der Löwenpassinhaber an den städtischen Konzerten sei. Diese Frage kann Frau Himmelheber nur für Kurse und Veranstaltungen innerhalb der Musikschule angeben, da sich diese Zahlen aus dem Wirtschaftsplan ableiten und berechnen ließe.

*Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:*

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat nimmt den Jahres- und Lagebericht 1999 der eigenbetrieblichen Einrichtung „Haus der Musik Bergisch Gladbach“ zur Kenntnis.

Die ermittelten Gewinne verbleiben zur Stärkung der Innenfinanzierung zu 60 % in der Einrichtung, 40 % werden an den städtischen Gesamthaushalt abgeführt.

10 Feststellung der Entgelte der Städtischen Löwenkonzerte in der Saison 2000/2001

Herr Kleine bittet für die Zukunft um eine dezidierte Aufstellung der Kalkulation, seine Fraktion trage aber die angegebenen Entgelte mit. Frau Himmelheber verweist auf den Produktplan: unter dem Produkt Konzertintendanz sei die Kalkulation aufgeführt.

*Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:*

Der Rat möge beschließen:

Die Entgelte für die städtischen Löwenkonzerte in der Saison 2000/2001 werden wie vorgelegt beschlossen

11 Feststellung der Jahresabschlüsse und der Lageberichte 1996 und 1997 der Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat stellt die Jahresabschlüsse und die Lageberichte 1996 und 1997 der Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach fest.

Die ermittelten Fehlbeträge für *1996 in Höhe von 72.993,81 DM und*
1997 in Höhe von 55.800,43 DM
128.800,43 DM

wurden mit dem Sonderzuschuss für Fehlbetragsabdeckungen ausgeglichen.

12 Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach"

Herr Kleine stellt erfreut fest, dass der Jahresfehlbetrag reduziert werden konnte. Er möchte jedoch wissen, welche „unwirtschaftlichen Dienstleistungsangebote der Stadt- und Kreisbücherei“ (Seite 72, P. 4.4, letzter Absatz) gemeint seien, die gegebenenfalls aufgegeben werden müssten. Frau Lenz-Reichwein nennt als Beispiel die Trennung von Außenstellen. Leider seien die Zuschüsse des Landes für die Schulbibliotheken und die kombinierten Schulbibliotheken/Stadtteilbibliotheken seit diesem Jahr ganz gestrichen worden. Alle anderen Zuschüsse werden nur noch projektbezogen zugeteilt.

Herr Dr. Mieke weist noch einmal mit Nachdruck auf den zu erstellenden detaillierten Bericht über die Stadtteilbücherei Paffrath hin und möchte diese Zweigstelle erhalten wissen. Er werde diesen Bericht in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses im September aufnehmen, ebenso wie einen Bericht über die Förderung bzw. Nichtförderung der Schulbibliotheken durch das Land NRW.

Frau Dr. Weil beglückwünscht Frau Lenz-Reichwein, dass es gelungen sei, mit den Fördermitteln des Landes das Projekt „Fremdsprachenkompetenz für Jung und Alt“ durchzuführen.

Herr Kotulla gibt seiner Sorge Ausdruck, dass die Fehlbeträge nicht erwirtschaftet, sondern aus der Rücklage, also aus der Substanz des Vermögens genommen worden seien. Er legt eine Stellungnahme des Zentralen Finanzcontrolling vor (s. Anlage). Um ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden, sei die Stadt zur strikten Ausgabedisziplin gezwungen. Es werde daher keine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses geben.

Frau Dr. Weil legt für die CDU-Fraktion einen Antrag vor, in dem zur Verbesserung der finanziellen Situation der Stadtbücherei die Streichung zweier Planstellen in Erwägung gezogen werden sollte.

Frau Scheerer stellt fest, dass mit den Gebühren für die Internetnutzung ein Gewinn erwirtschaftet worden sei. Sie schlägt eine Senkung der Gebühren vor, um auch finan-

ziell Schwachen die Nutzung des Internets und damit Teilhabe an Informationsdienstleistungen zu ermöglichen – das sei eine wichtige Aufgabe der Stadtbücherei. Auch sei zu prüfen, ob der gegenwärtig genutzte Provider nicht zu teuer sei. Frau Lenz-Reichwein erklärt, dass die Internet-Nutzungsgebühren mit 4,00 DM pro 1/2 Stunde (einschließlich Papierausdruck) ein Mittelwert im Vergleich zu anderen Anbietern darstelle.

Frau Böhrs macht für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN deutlich, dass sie nicht mit einem Behindertenplatz im Erdgeschoss einverstanden sei, sondern weiterhin auf den Ein- oder Anbau eines Aufzuges bestehe, damit Behinderte und Senioren einen ungehinderten Zugang zur Stadtbücherei hätten.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat nimmt den Jahres- und Lagebericht 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Einrichtung „Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach“ zur Kenntnis.

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag zu überprüfen, ob die beiden Planstellen, die 1999 in der Stadt- und Kreisbücherei unbesetzt blieben, ab dem Haushaltsjahr 2001 ersatzlos gestrichen werden können.

Folgender zusätzlicher Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Die CDU-Fraktion beantragt zu überprüfen, ob die beiden Planstellen, die 1999 aus verschiedenen Gründen unbesetzt blieben und laut Wirtschaftsplan der Kreis- und Stadtbücherei zum 1. Januar wieder in Anspruch genommen werden sollen, ersatzlos gestrichen werden können.

In den Haushaltsberatungen für das Jahr 2001 sollten entsprechenden Überlegungen Raum gegeben werden.

Begründung:

1999 konnten 95.591,96 DM eingesparte Personalkosten für den Kauf neuer Medien verwendet

Das Missverhältnis zwischen Personalkosten, Medienbestand und Neuzukäufen würde auf diese Weise gemildert werden.

Frau Böhrs möchte wissen, worin der erwirtschaftete Gewinn investiert worden sei. Herr Ludwig erklärt, dass dieser Gewinn als Rücklage festgehalten worden sei, um die nun fälligen Projekte im Zuge der e-initiative NRW durchführen zu können, d.h. die drei EDV-Schulungsräume mit modernster EDV- und Netzwerktechnik auszustatten. Außerdem werde ein moderneres und Internet-fähiges Verwaltungsprogramm für die Volkshochschule benötigt und angeschafft werden.

Frau Dr. Weil erkundigt sich nach der Anzahl der Schüler, die ihr Fachabitur bei der VHS nachholen, und ob Studienabbrechern vorher genügend Hilfe angeboten werde. Das Fachabitur werde, führt Herr Ludwig aus, innerhalb der Erwachsenenfortbildung im Medienverbundsystem erworben (Telekolleg, Arbeitsmaterialien, Unterricht in der VHS). Es sei leider allgemein so, dass nur ein geringer Prozentsatz der Teilnehmer bis zum Schluss durchhielten, da viele den Zeitaufwand unterschätzten oder das Durchhaltevermögen nicht vorhanden sei; auch die Bildung von Stützkursen und Lerngruppen könne das nicht verhindern.

*Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:*

Der Rat möge beschließen:

Der Rat stellt die Jahresabschlüsse 1996 bis 1998 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Bildungseinrichtung „Volkshochschule Bergisch Gladbach“ fest.

Die ermittelten Jahresgewinne verbleiben zur Stärkung der Innenfinanzierung zu 60% in der Einrichtung, 40% werden an den städtischen Gesamthaushalt abgeführt.

14 Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Volkshochschule Bergisch Gladbach"

Herr Kleine hält die Vorgehensweise der VHS bezüglich Genehmigung der Entgelte (Eilverfahren) für ein Ärgernis. Wie diese Vorlage zeige, sei eine Erhöhung der Entgelte nicht nötig gewesen, da die VHS bereits hohe Rücklagen gebildet habe.

Frau Scheerer kündigt an, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN den Ratsbeschluss zur Entgeldordnung anfechten werde, da eine Begründung fehle, warum es für die Drucklegung des Herbstprogramms zu spät gewesen wäre, wenn die Vorlage ordnungsgemäß erst diesem zuständigen Fachausschuss in der heutigen Sitzung und dann in der nächsten Ratssitzung vorgelegt worden wäre.

Auch Herr Dr. Miede macht deutlich, dass er einem weiteren Eilverfahren keinesfalls mehr zustimmen werde. Herr Cüpper weist auf die nächsten beiden Sitzungen des Ausschusses hin, damit für das Frühjahrprogramm ein fristgerechter Verfahrensablauf gewährleistet sei.

Herr Hirner entgegnet, dass Weiterbildung auf breiter Basis, so wie sie von der VHS Bergisch Gladbach und in anderen Städten angeboten werde, keinen „Gewinn“ nach unserem Alltagsverständnis erbringe. Die Zahlen in einer Gewinn- und Verlustrech-

nung seien an einen bestimmten Sprachgebrauch in der Verwaltung des Geldes gebunden. Die Gewinne fließen in Rücklagen für notwendige Investitionen der nächsten Jahre.

Zum Genehmigungsverfahren der Entgelte der VHS stellt Herr Hirner folgendes fest: Die Entgelte für die einzelnen Kurse und Veranstaltungen werden für jedes Semester neu berechnet und vom Rat beschlossen. Um Eilentscheidungen zur Genehmigung dieser Entgelte zu vermeiden - hier seien die Drucktermine von ausschlaggebender Bedeutung - sei es sinnvoll, die Sitzungstermine der zuständigen Ausschüsse in der Planungsphase mit der Leitung der VHS abzustimmen.

Herr Dehler fragt, ob ein Zusammenhang zwischen dem im Finanz- und Lagebericht 1999, Kap. 3 Vermögens- und Ertragslage angegebenen Jahresfehlbetrag von 4.744,41 DM und der Kritik der VHS im Ausblick (Kap. IV des Jahresabschlusses) an dem vorgegebenen ökonomischen Handlungsrahmen gegeben sei.

Frau Böhrs möchte wissen, warum die VHS, wie in Kap. IV Ausblick (S. 135), die Rechtsform einer GmbH anstrebe und inwiefern der ökonomische Handlungsrahmen der VHS „nach wie vor kurzatmig in ein System der Kameralistik eingebunden, das Potential des eigenbetriebsmäßigen Wirtschaftens nicht richtig genutzt [sei]“.

Herr Kotulla macht darauf aufmerksam, dass der Sitzungsturnus so abgestimmt werden muss, dass geordnete Verfahren möglich sind. Im übrigen sei ihm nicht ersichtlich, wieso die Kameralistik die VHS als eigenbetriebsähnliche Einrichtung ungebührlich einschränke. Eine Änderung der Rechtsform in eine GmbH erscheine ihm z.Z. nicht erforderlich.

Frau Koshofer hält die Klage der VHS über die interne Leistungsverrechnung der Stadt am Beispiel der „Anmietung von Sportstätten“ (S. 126, letzter Absatz) für ungerechtfertigt. Auch Sportvereine müssten mit Mieterhöhungen bei Sportstätten bei schmalen Etat zurechtkommen.

Frau Böhrs bittet um schriftliche Beantwortung durch die Verwaltung ihrer beiden noch offenen Fragen, welche Folgen die Führung der VHS als GmbH habe würde und was mit dem erwirtschafteten Gewinn der VHS geschehen werde.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Werksausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat nimmt den Jahres- und Lagebericht 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Volkshochschule Bergisch Gladbach“ zur Kenntnis.

15 **Vorlage des Jahres- und Lageberichts sowie der Erfolgsübersicht 1999 der eigenbetriebsähnlichen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach"**

Die Erweiterung der Museumslandschaft um das Papiermuseum Neue Dombach und das Freilichtmuseum in Lindlar habe sich vermutlich im Rückgang der Besucherzahlen der Museums in Bensberg niedergeschlagen, möglicherweise sei auch das Museumsfest ungünstig terminiert gewesen. Die Museumslandschaft in Bergisch Gladbach müsse noch attraktiver werden. Der Ausbau des Schulmuseums in Katterbach und die Fertigstellung des Handwerkerwohnhauses (ehemals in der Gartenstraße) im Bergischen Museum durch den Förderverein mit regulären Öffnungszeiten und Sondersausstellungen werden hoffentlich eine Steigerung der Besucherzahlen zur Folge haben.

Frau Böhrs bedauert den Rückgang der Besucherzahlen und fragt nach möglichen Werbekonzepten. Frau Koshofer fürchtet, dass durch die Nutzung des großen Sitzungssaales im Rathaus Konrad-Adenauer-Platz als Trauzimmer die Nutzung der Villa Zanders für Trauungen deutlich zurückgehen und daher eine wichtige Einnahmequelle sehr viel spärlicher fließen werde.

Herr Dr. Vomm hofft, dass durch den anderen Rahmen in der Villa Zanders - ohne restriktive zeitliche Begrenzungen wie im Rathaus (halbstündlicher Takt) – die Zahl der Trauungen konstant bleiben werde. Die Museen bräuchten eigentlich den finanziellen und personellen Spielraum, um kontinuierlich und massiv Werbekampagnen bis in den Kölner Raum zu tätigen; der sei aber leider seit Jahren nicht gegeben.

Auch Herr Dehler bedauert den Besucherrückgang und schlägt vor, die Zusammenarbeit mit den Schulen zu verstärken. Frau Dr. Weil lobt die ehrenamtliche Arbeit in der Villa Zanders und regt an, wie in dem Museum Neue Dombach Kinderbetreuung anzubieten.

Herr Zanders hält es für schwierig, die Zahlen zwischen den einzelnen eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, z.B. bei den Abschreibungen, miteinander zu vergleichen. Er schlägt außerdem eine kalkulatorische Abschreibung vor. Herr Kotulla hält dagegen eine kalkulatorische Abschreibung bei den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen nicht für möglich: die Abschreibungen richteten sich nach den Grundsätzen und Eigentümlichkeiten der einzelnen Einrichtungen und müssten konkret auf das einzelne Vermögenobjekt bezogen werden.

*Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:*

Der Werksausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat nimmt den Jahres- und Lagebericht 1999 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach“ zur Kenntnis.

Die ermittelten Gewinne verbleiben zur Stärkung der Innenfinanzierung zu 60 % in der Einrichtung, 40 % werden an den städtischen Gesamthaushalt abgeführt.

16 Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Förderverein des Bergischen Museums für Bergbau, Handwerk und Gewerbe

Herr Dr. Vomm gibt an, dass der Kooperationsvertrag zwischen der Stadt und dem Förderverein insofern notwendig war, als die Nordrhein-Westfalen-Stiftung nur Vereine fördere. Daher war auch die Vereinbarung zwischen der Nordrhein-Westfalen-Stiftung und der Stadt Bergisch Gladbach erforderlich. Ansonsten hätten die Fördermittel in Höhe von 120.000,000 DM nicht bewilligt werden können. Auf Wunsch des Fördervereins sei der Vereinbarung in § 2 ein Passus hinzuzufügen (s. geänderter Beschlussvorschlag). Eine weitere Änderung müsse in der Vereinbarung zwischen der Nordrhein-Westfalen-Stiftung und der Stadt bezüglich des Rückzahlungsanspruchs auf Wunsch der Stiftung erfolgen: „Dieser Rückzahlungsanspruch verringert sich um 4 v.H. für jedes Jahr der Nutzung im Sinne von § 2 Abs. 1“.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat, der Kooperationsvereinbarung in der in § 2 (Kostentragung, Museumsbetrieb) ergänzten Form sowie der Vereinbarung mit der Nordrhein-Westfalen-Stiftung und der Stadt Bergisch Gladbach in der in § 3 (Erstattungsanspruch) geänderten Form zuzustimmen.

Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Förderverein des Bergischen Museums für Bergbau, Handwerk und Gewerbe
§ 2 (Kostentragung, Museumsbetrieb) –Ergänzung in Fettschrift:

Die Zuverfügungstellung von Sammlungen und Räumen erfolgt unentgeltlich. Sämtliche laufenden Unterhaltungs- und Nebenkosten einschließlich Heizung, Beleuchtung, Telefon, Straßen- und Schornsteinreinigung, Wasserverbrauch, Entwässerung, Müllabfuhr, Prämien der Versicherung des Gebäudes gegen Feuer-, Sturm- und Leitungswasserschäden sowie Grundsteuer und sonstige öffentlich-rechtliche Abgaben trägt die Stadt. Der Betrieb des Schulmuseums wird durch den Förderverein wahrgenommen und sichergestellt. **Wenn und soweit dem Förderverein dies unmöglich sein sollte, wird die Stadt die Verpflichtung des Fördervereins hinsichtlich des Betriebs des Schulmuseums übernehmen.**

Vereinbarung zwischen der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege und der Stadt Bergisch Gladbach
§ 3 (Erstattungsanspruch) – Änderung in Fettschrift:

Die Stadt verpflichtet sich, bei einem Verstoß gegen § 2 dieser Vereinbarung den Zuschussanteil von 120.00.- DM der NRW-Stiftung unverzüglich zurückzuzahlen. Dieser Rückzahlungsanspruch verringert sich um **4 v. H.** dieses Betrages für jedes Jahr der Nutzung im Sinne von § 2 Abs. 1.

Herr Dr. Miege liest den nach der Rücksprache mit der Verwaltung modifizierten Antrag vor.

Frau Böhrs macht darauf aufmerksam, dass es sich um einen Antrag der SPD, nicht um eine Anfrage handelt.

Frau Dr. Weil hält es für schwierig, den Standort des Denkmals zu verändern, da dieser Standort einen unmittelbaren Bezug zu diesem Denkmal habe. Herr Dr. Vomm weist nachdrücklich daraufhin, dass es sich nicht um ein gestalterisches Problem, sondern um ein Problem des gesamten Umfeldes handelt: der Park sei teilweise zu einer öffentlichen Bedürfnisanstalt geworden. Auch Herr Zanders beklagt die Verschandelung des Parks durch Stadtstreicher und andere soziale Randgruppen. Herr Dr. Miege erklärt, dass dieser Ausschuss für dieses Problem nicht zuständig sei, seines Wissens die Verwaltung aber an dem Problem arbeite. Er lässt dann über den Antrag der SPD abstimmen.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend mit Herrn Professor Prager Gespräche zur Veränderung des Standortes und der Umgestaltung des Denkmals zu führen.

18 Einrichtung einer Verbundschule am Standort der Wilhelm-Wagener-Schule in Bergisch Gladbach

Herr Dr. Miege schlägt vor, nach einer Diskussion über das Thema die Entscheidung über die Einrichtung einer Verbundschule zu vertagen, da bisher zu viele widersprüchliche Angaben vorlägen, die erst einer Klärung bedürfen, und bittet zunächst Frau Roesgen, aus Sicht der Verwaltung Stellung zu nehmen, und dann Frau Faßbender, aus schulfachlicher Sicht das Modell einer Verbundschule darzustellen.

Frau Roesgen präzisiert die widersprüchlichen Angaben: es gebe zum einen unterschiedliche Angaben zu den Schülerzahlen der Schule für Sprachbehinderte in Paffrath, zum anderen sei unklar, ob überhaupt oder wie viel zusätzlicher Raumbedarf bei einer vollständigen Verlegung der Schule für Sprachbehinderte an die Wilhelm-Wagener-Schule entstehe. Es werde auch überlegt, zunächst nur das 1. und 2. Schuljahr in die Wilhelm-Wagener-Schule zu verlegen.

Sollte es zu einem Bauvorhaben kommen, übernehme das Land 1/3 und der Kreis 25 % der Investitionskosten, den Rest hätte die Stadt zu finanzieren. Außerdem werde der Kreis ein Jahr lang 100 % der Personalkosten eines einzustellenden Sozialarbeiters übernehmen, in der Folgezeit seien diese je zur Hälfte von der Stadt und dem Kreis zu tragen. Im Übrigen zahle der Kreis pro Kind jährlich ca. 1.900,00 DM für Bedarfsmittel.

Zur augenblicklichen Situation der Kinder mit Lern- und Entwicklungsstörungen führt Frau Roesgen aus:

1. Die lernbehinderten SchülerInnen werden an der Wilhelm-Wagener-Schule unterrichtet.

2. Die erziehungsschwierigen SchülerInnen seien schon in der Wilhelm-Wagner-Schule untergebracht; der Kreis habe von der Stadt dort Räume angemietet. Zuständig für diese Kinder und das Lehrpersonal (Dienst- und Fachaufsicht) sei aber der Rektor der Schule für Erziehungshilfe Am Sommerberg, Rösrath, so dass bei Handlungsbedarf der Leiter der Wilhelm-Wagner-Schule zunächst Kontakt mit dem Rektor der Schule Am Sommerberg aufnehmen müsse.
3. Die sprachbehinderten SchülerInnen werden an der Schule für Sprachbehinderte in Paffrath unterrichtet. In dieser Schule befänden sich jedoch viele Kinder, die aufgrund ihrer Mehrfachbehinderung eigentlich in die Wilhelm-Wagner-Schule gehörten, aber dort wegen erschöpfter Kapazitäten zurzeit nicht aufgenommen werden könnten.

Da in vielen Fällen eine Mehrfachbehinderung bei einem Kind vorläge, sei grundsätzlich die Einrichtung einer Verbundschule wünschenswert. Eine Einigung in der Finanzierungsfrage wird nach einem Gespräch mit Vertretern der Kreis- und der Stadtverwaltung für wahrscheinlich gehalten, so dass zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis eine Vereinbarung getroffen werden könnte - ähnlich wie zwischen der Gemeinde Rösrath und dem Rheinisch-Bergischen Kreis.

Frau Faßbender beschreibt den Förderschulversuch, der am 31.07.2000 auslief, dann wissenschaftlich ausgewertet und dessen Ergebnisse in einem Erlass im März 2001 im Landtag verabschiedet würden:

Grundlage für den Förderschulversuch sei die Erkenntnis, dass sehr häufig eine Trennung in sprach-, lern- und verhaltensbehinderte Kinder nicht durchzuhalten sei, sondern eine Mehrfachbehinderung vorliege, verbunden mit Störungen der Motorik und der Wahrnehmung. Diese Kinder könnten am besten therapieübergreifend behandelt und gefördert werden; daher sei eine Verbundschule mit einer entsprechenden Durchlässigkeit zwischen den Abteilungen auch pädagogisch sinnvoll – dies sei inzwischen unbestritten.

Auch in der Schule für Sprachbehinderte in Paffrath seien mehr als die Hälfte der SchülerInnen nicht nur sprach- sondern auch lernbehindert, viele auch erziehungsschwierig. Diese Kinder dürften eigentlich nicht in dieser Schule unterrichtet werden, denn die Lernbehinderung sei vorrangig einzuschätzen und habe einen verminderten Lehrplanunterricht zur Konsequenz, während in einer reinen Sprachheilschule zielgleicher Unterricht mit dem Lehrplan der Grundschule erteilt werden müsse. Die Verbundschule sei daher inzwischen landesweit unbestritten pädagogisch und organisatorisch sinnvoll.

Frau Dr. Weil nennt als wesentliche Voraussetzung für die Einrichtung einer Verbundschule ausreichende Räumlichkeiten und genügend pädagogische Kräfte. Herr Dehler stimmt im Namen seiner Fraktion der Einrichtung einer Verbundschule unter den von Frau Dr. Weil genannten Bedingungen zu unter dem Vorbehalt, dass zunächst die Gesamtkosten ermittelt werden und der Kreis sich angemessen an den Kosten beteiligen wird.

Frau Ziskoven hält die von Herrn Dehler genannten Bedingungen für ihre Fraktion ebenfalls für unerlässlich und beantragt, den Beschlussvorschlag zunächst zu vertagen und die Verwaltung zu beauftragen, eine detaillierte Kostenaufstellung vorzulegen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze schon in ihrem

Wahlprogramm – so führt Frau Böhrs aus, vehement die Einrichtung einer Verbundschule. Die Wilhelm-Wagener-Schule sei aber schon seit längerem zu klein. Deshalb stellt Frau Böhrs den Antrag, die Verwaltung möge bei der Schulaufsicht nachfragen, ob die sprachbehinderten SchülerInnen aus Kürten und Odenthal alternativ in den dortigen Grundschulen untergebracht und gefördert werden könnten und ob dies dann sinkende Schülerzahlen in der Schule für Sprachbehinderte zur Folge haben könne.

Herr Dr. Mieke macht darauf aufmerksam, dass der Vorbehalt, der im Beschlussvorschlag formuliert sei, ungeklärt sei: „[...] unter dem Vorbehalt, dass die Bezirksregierung Köln weiterhin genehmigt, dass die sprachbehinderten Schüler am Standort der alten Grundschule Paffrath unterrichtet werden können, bis eine abschließende Regelung gefunden wurde“. Das Gleiche gelte für die auf S. 163, letzter Absatz geäußerten Vorbehalte und zu prüfenden Alternativen. Er schlägt daher vor, den Beschlussvorschlag zu ändern oder zu vertagen.

Frau Faßbender erinnert daran, dass die Bezirksregierung einer Dependance für jeweils zwei Jahre in der Vergangenheit immer zugestimmt und signalisiert habe, dass sie dies weiterhin tun werde. Auch die Bezirksregierung wünsche eine Verbundschule. Herr Dr. Mieke bittet um eine schriftliche Zusicherung der Bezirksregierung, dass sie einer Dependancelösung zustimmen wird.

Herr Kotulla macht darauf aufmerksam, dass die Kosten für eine Verbundschullösung in die städtische Finanzplanung integriert werden müssen – dies sei bisher nicht geschehen. Die Notwendigkeit einer Verbundschule sei einleuchtend, aber er sehe keine Möglichkeit, Mittel aufzustocken; diese müssten dann an anderer Stelle gestreckt werden.

Frau Dr. Weil beantragt auf Grund der vielen offenen Fragen eine Vertagung des vorliegenden Beschlussvorschlags.

Der folgende Antrag wird **einstimmig** angenommen:

Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Prüfung der Errichtung der Verbundschule festzustellen, wie hoch die notwendigen Investitionskosten am Standort Refrath zur Erweiterung des Schulraumes sein werden, und wie hoch der Rheinisch-Bergische Kreis sich an diesen Gesamtkosten zu beteiligen gedenkt.

19 Sanierung des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums

Herr Dr. Mieke berichtet, dass er von der Schulpflegschaftsvorsitzenden des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums in seiner Eigenschaft als Vorsitzender dieses Ausschusses angeschrieben worden und auf die baulichen Mängel aufmerksam gemacht worden sei. Er habe daher diesen Punkt auf die Tagesordnung setzen lassen. Mit den Ausführungen der Verwaltung und der soliden Beschreibung des städtischen Sanierungsvorhaben an dieser Schule sei er sehr zufrieden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

20 Förderung kirchlicher Büchereien

Herr Kleine bittet um Informationen seitens der Verwaltung zur Vergabe von städtischen Geldern an kirchliche Institutionen. Frau Roesgen erinnert daran, dass dieser Ausschuss selbst durch einen Beschluss die Verwaltung beauftragt habe, so zu verfahren.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

21 Sonderförderung Kultur: Konzert 25 Jahre Städtehe Bergisch Gladbach-Bensberg

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Für das gemeinsame Konzert des Bensberger Kammerorchesters und des Kammerorchesters Bergisch Gladbach am 12.11.2000 im Bergisch Löwen erhalten die Orchester einen einmaligen Projektzuschuss aus der Sonderförderung Kultur in Höhe von 1.200,00 DM.

22 Sonderförderung Kultur: Projekt „Rhizom“

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Der Arbeitskreis der Künstler e.V. (AdK) erhält zur Durchführung der Ausstellung „Rhizom“ in der Städtischen Galerie Villa Zanders einen Zuschuss in Höhe von 5.000,00 DM.

23 Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Dehler bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Organisation der Besichtigungsfahrt durch die Schulen und beantragt, die Grundschule Moitzfeld, die sich in einem sehr schlechten Zustand befinde, in die Stufe 4 für Sanierungsmaßnahmen einzuordnen. Herr Neu bittet um einen schriftlichen Bericht über diese Besichtigungsfahrt. Die Verwaltung sichert dies zu.

Frau Dr. Weil schlägt der Verwaltung vor, den Papierservice der Britannia-Hütte, eine Einrichtung der Behindertenhilfe, in städtische Aktivitäten einzubinden.

Frau Ziskoven bittet die Verwaltung zu prüfen, ob es richtig sei, dass in der Realschule Kleefeld zwar 4 Eingangsklassen gebildet worden seien, dafür aber nicht genügend Räume zur Verfügung stünden. Ihr lägen im Übrigen Informationen vor, dass der Rat seinerzeit die Dreizügigkeit festgeschrieben habe. Außerdem bittet sie die Verwaltung um eine Aufstellung der diesjährigen Anmeldezahlen dieser Schule.

Frau Scheerer erkundigt sich, ob es in der Stadt Bergisch Gladbach einen Boule-Platz gebe. Dies ist der Verwaltung nicht bekannt.

In der letzten Sitzung des Ausschusses zur Gleichstellung von Mann und Frau sei die

Frage gestellt worden, berichtet Frau Böhrs, wo und in welchem Zeitrahmen die Stadt Gymnastikkurse für Mädchen anbiete. Frau Roesgen stellt klar, dass die Stadt selbst keine Gymnastikkurse anbiete, denn dies sei Sache der Sportvereine. Die Verwaltung werde diesbezüglich beim Stadtsportverband anfragen und die Frage schriftlich beantworten.

Dr. Wolfgang Miede
(Vorsitzender)

Barbara Hieronymi
(Schriftführer)

ges. Helga Roesgen
Fachbereichsleiterin

Teilnehmerliste

Anwesend sind

Stellvertretende(r) Vorsitzende(r)

N.N.

Mitglied -CDU-

Herr C pper
Herr Dehler
Herr Heutz
Frau Holtzmann
Herr K'ntje
Herr Willnecker

Mitglied/Sachkundige(r) B rgerin -CDU-

Herr Neu
Frau Dr. Weil
Herr Zanders

Mitglied -SPD-

Kleine
Herr Dr. Miede
Herr Neu

Mitglied/Sachkundige(r) B rgerin -SPD-

Frau Ziskoven

Mitglied -F.D.P.-

Frau Koshofer

Mitglied - BŠNDNIS 90/DIE GRŠNEN-

Frau B'hrs
Frau Scheerer

Mitglied -KID-

Herr Montua

Beratendes Mitglied

Herr Farber
Herr Dr. Hammer